



Presseschau vom 03.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Robert Bridge: Ist im heutigen Amerika ein Bürgerkrieg möglich?

Mit dem anscheinend unüberbrückbaren Abgrund, der die Gesellschaft trennt, verdichten sich düstere Vorhersagen eines bewaffneten Konflikts. Aber die heutigen USA sind nicht mehr die des Jahres 1861, und obwohl der Riss tief ist, dürfte er sich anders auswirken. ...

<https://kurz.rt.com/3638> bzw. [hier](#)

Tom J. Wellbrock: Annalena und ihr Volk: Voll auf die Presse!

Die Tatsache, dass Außenministerin Annalena Baerbock (Die Grünen) Teile des Volkes, dem zum Wohle sie dienen möchte, kurzerhand ausgetauscht zu haben scheint, soll hier nicht das vorrangige Thema sein. Es geht vielmehr um die willfährige Presse, die sie verteidigt. ...

<https://kurz.rt.com/362w> bzw. [hier](#)

Maria Müller: Chile nach links oder rechts? – Endspurt bei Volksabstimmung für neue Verfassung

Über 15 Millionen Chilenen können am Sonntag wählen gehen. Werden sie nach einem Jahr intensiver Debatten und Kampagnen die neue Verfassung annehmen? Damit würde die derzeitige Charta Magna ersetzt, die unter dem Diktator Augusto Pinochet in den 1970er Jahren verfasst wurde. ...

<https://kurz.rt.com/35z6> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Energie, Industrie und Zusammenbruch – ein Blick in eine mögliche Zukunft, Teil 1

"Das macht uns alles nichts", erklären die Koalitionspolitiker, wenn nicht nur Erdgas und Strom, sondern auch noch Nahrung knapp zu werden droht. Sie zeigen deutlich, dass sie nicht begriffen haben, wie Zivilisation funktioniert. ...

<https://kurz.rt.com/35u7> bzw. [hier](#)

Andrew Korybko: Baerbock hat in wenigen Sätzen das gesamte Konzept der westlichen Demokratie diskreditiert

Die Äußerungen von Annalena Baerbock werden aller Wahrscheinlichkeit nach im Nachhinein als ein Wendepunkt in der Geschichte angesehen werden. Ein Punkt, an dem die "Maske der Demokratie" verrutschte und das diktatorische Gesicht der deutschen Eliten zum Vorschein kam. ...

<https://kurz.rt.com/362o> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:58 de.rt.com: Ukrainisches Militär beschießt Innenstadt von Donezk

Die ukrainischen Truppen haben den zentralen Woroschilow-Bezirk von Donezk mit sechs Granaten des Kalibers 155 Millimeter beschossen. Das teilte die Vertretung der Volksrepublik Donezk im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen der Ukraine mit.

Laut dem Stab der Territorialen Verteidigung der Donezker Volksrepublik wurden zwei

Menschen getötet und eine Person verletzt, berichtet [RIA Nowosti](#).

Das Büro berichtete außerdem, dass die ukrainischen Streitkräfte den Petrowski-Bezirk von Donezk angriffen und dabei fünf Granaten des Kalibers 155 Millimeter abfeuerten. Auch Jelenowka wurde zum Ziel, die ukrainischen Truppen attackierten die Siedlung mit drei Granaten.

20:17 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Wohngebiet in Nowaja Kachowka**

Die ukrainischen Truppen haben Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson beschossen, wobei Raketen in den Wohnsektor einschlugen. Das teilte Ruslan Agajew, ein Vertreter der Stadtverwaltung, mit. Er erklärte laut [RIA Nowosti](#):

"Der Raketeneinschlag traf die Kalininstraße. Ein Haus, ein Privathaus steht in Flammen."

Die Feuerwehrleute seien vor Ort im Einsatz. In der Stadt gäbe es neue Krater von neu eingetroffenen Raketen. Agajew fügte hinzu:

"Ich bitte alle, die in der Ukraine leben, darüber nachzudenken, wen sie unterstützen. Das ist Terror."

20:33 de.rt.com: **Wegen hoher Energie- und Strompreise: Erste Unternehmen stellen Produktion in Deutschland ein**

Die deutsche Wirtschaft leidet unter den steigenden Preisen. Ohne staatliche Hilfe könnte es für sie das Ende bedeuten. Hilfspakete gibt es bisher nicht. So verlagern erste Betriebe ihre Produktion ins Ausland oder schließen ganz.

Die deutsche Wirtschaft gerät wegen der hohen Energie- und Strompreise zunehmend unter Druck. Einige Unternehmen hätten die Produktion deshalb "ganz eingestellt", sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) nach seiner Teilnahme an der Kabinettsklausur in Meseberg laut einem Bericht der Financial Times. Dies seien keine guten Nachrichten, denn es könne bedeuten, dass die "betreffenden Industrien nicht nur umstrukturiert werden, sondern einen Bruch erleben – einen Strukturbruch, der unter enormem Druck geschieht", so Habeck. Insgesamt sei die Lage "alarmierend".

So liefen in einigen Firmen gar bereits erste Vorbereitungen, die Produktion aus Deutschland weg ins Ausland zu verlagern, wie die Berliner Zeitung aus Unternehmerkreisen erfuhr. Das geht auch aus neusten Umfragen der Industrie- und Handelskammern hervor. Wegen der hohen Energiekosten erwogen demnach immer mehr Unternehmen, ihre Produktion in Deutschland einzuschränken oder ins Ausland zu verlagern.

"Jedes fünfte Unternehmen plant, Kapazitäten ins Ausland zu verlagern oder hat das bereits getan", mahnte der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK) bereits im August. Diese Zahlen seien absolut alarmierend. "Die hohen Energiepreise bei Öl und Erdgas ebenso wie bei Strom und die fehlende Versorgungssicherheit gefährden den Industriestandort Bayern massiv."

Ein weiterer Indikator dafür, dass Deutschland angesichts der hohen Energiekosten offenbar ein reges Unternehmenssterben droht, ist der verringerte Gasverbrauch der Industrie, wie der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, nach der Kabinettsklausur in Meseberg laut einer Mitteilung des Verbands betonte. "Der Gasverbrauch der Industrie lag im Juli um 21 Prozent unter dem Verbrauch des Vorjahresmonats, aber Vorsicht vor falschen Schlussfolgerungen", erklärte Russwurm:

"Dahinter stehen oft keine Effizienzgewinne, sondern ein dramatischer Produktionsrückgang. Das ist kein Erfolg, sondern Ausdruck eines massiven Problems. Die Substanz der Industrie ist bedroht."

Die Lage auf den Strom- und Gasmärkten sei dramatisch, mahnte der BDI-Präsident, der als Gast an der Kabinettsklausur teilgenommen hatte. "Die Lage ist für viele Unternehmen schon jetzt oder in Kürze toxisch, nicht nur wegen des Gasmangels, sondern vor allem wegen der aberwitzigen Preissteigerungen." Durch den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Gas würden

laut Russwurm allein private Haushalte entlastet, während die Industrie die Gasumlage in voller Höhe als zusätzliche Last tragen müsse.

Die Unternehmen bräuchten aber Klarheit, "ob jetzige Einsparungen im Falle einer Gasmangellage überhaupt künftig angerechnet werden können", heißt es in der Mitteilung weiter. Sonst zögerten die Firmen, "schon jetzt Gas einzusparen, weil ihr niedrigerer aktueller Verbrauch der Aufsatzpunkt sein könnte". Deshalb sei eine klar benannte Basis, wie etwa der Durchschnitt des Vorjahresmonatsverbrauches, dringend nötig.

Um ihre Produktion vorübergehend auch ohne Gas aufrechterhalten zu können, würden viele Betriebe nach Angaben des BDI das benötigte Gas kurzfristig auch ganz durch Öl ersetzen wollen. Dazu brauche es jedoch "Genehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz und deutlich schnellere Entscheidungen der Behörden vor Ort". Viele Unternehmen seien deshalb "hochgradig unruhig" und warteten auf politische Führung und schnelle Entscheidungen, so der BDI.

Zwar hatte der Bundeswirtschaftsminister den deutschen Unternehmen zuvor nicht näher benannte "Entwicklungsperspektiven" in Aussicht gestellt. Allerdings kündigte die Regierung auch im Fall der Unternehmenshilfen bisher nichts Konkretes an. So rückt die konjunkturelle Erholung wohl auch weiterhin in weite Ferne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6311dcf248fbef0f915d7998.jpg>

20:33 de.rt.com: **Moskau: USA sind quasi zu einer Partei im Konflikt in der Ukraine geworden**

Der Grad der Beteiligung der USA an der militärischen Unterstützung des Kiewer Regimes nimmt weiter zu, wobei ein schmaler Grat sie davon trennt, eine Partei im Konflikt in der Ukraine zu werden. Darauf wies der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow laut [RIA Nowosti](#) im russischen Fernsehen hin. Er erklärte:

"Leider müssen wir mit Besorgnis feststellen, dass das Ausmaß der US-amerikanischen Beteiligung an dieser Situation und der Grad der Einmischung Washingtons, einschließlich der materiellen Unterstützung für die Bewaffnung des Kiewer Regimes, weiter zunimmt. Dieser Trend ist gefährlich."

Russland habe die Vereinigten Staaten wiederholt vor den möglichen Folgen gewarnt, wenn sie Kiew ständig mit Waffen versorgen und es auf andere Weise unterstützen würden.

Rjabkow hob hervor:

"Die dünne Linie, die die Vereinigten Staaten davon trennt, zu einer Konfliktpartei zu werden, sollte den wütenden antirussischen Kräften nicht als Illusion dienen, dass alles so bleibt, wie es ist, sobald sie diese Linie überschreiten."

Der Vize-Minister warnte Washington vor provokativen Aktionen, einschließlich der Lieferung von Systemen mit immer größerer Reichweite und Zerstörungskraft. Er betonte, das sei ein Weg ins Nirgendwo, und die Verantwortung dafür liege bei den herrschenden Kreisen in den USA.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631225ceb480cc3a404ea806.jpg>

Sergei Rjabkow

21:15 de.rt.com: **UNO begrüßt weitere Präsenz der IAEA am AKW Saporoschje**

Die Vereinten Nationen begrüßen die Tatsache, dass einige Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) am Kernkraftwerk Saporoschje verbleiben, um die Situation kontinuierlich zu überwachen. Dies erklärte UN-Untergeneralsekretärin Eri Kaneko am Freitag bei einem Briefing. Sie sagte laut [TASS](#):

"Wir begrüßen die Tatsache, dass die IAEA-Inspektoren in der Anlage bleiben und uns über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten werden."

21:32 de.rt.com: **Ukrainische Drohne mit scharfem Sprengsatz in der Nähe des AKW Saporoschje abgeschossen**

Russische Soldaten haben eine ukrainische Kampfdrohne in der Nähe des Atomkraftwerks Saporoschje abgeschossen. Das teilte die Verwaltung der Stadt Energodar gegenüber RIA Nowosti mit. In einer entsprechenden Erklärung hieß es laut der Nachrichtenagentur: "Eine ukrainische Drohne mit scharfer Ladung wurde heute in der Nähe des Atomkraftwerks abgeschossen. Die Granate ist nicht explodiert. Die ukrainischen Kämpfer versuchen offenbar weiterhin, die Anlage anzugreifen, obwohl IAEA-Mitarbeiter vor Ort sind."

Die Drohne sei mehrere hundert Meter von der Anlage abgeschossen worden.

Ein Korrespondent von RIA Nowosti berichtete, dass es in Energodar selbst am Freitag ruhig gewesen ist und keine Wohngebiete beschossen wurden.

Fotos der vermeintlichen Drohne, die von der Zeitung Iswestija veröffentlicht wurden, [zeigen](#), dass die ukrainischen Kämpfer auf der Sprengladung die Aufschrift "Tod den Moskauern" hinterlassen haben.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/ZAbocq84LSGQKCaZTdACdI3pTsbWxFZhsNVTD9iL17-0A-TKTCsuQ67W7QOoRuZYBzrasby60QSuAXqlnbZ-Z3G-jgKx_qXeINH2DBHJNdtIsGpJNrpbrXkBDVX2BAGfqKBdNNNGKtrJGmYsAgVjr5hai1DVKZgKxfhFLnbdQWIgGpTgbT9V1UUYoX1ANJe4BDXgLiDffEIw6sHDNO639dTOQa0-E_KrE_1FKQyb_KxXqWRZzqvPsW_nSvpBzbpYRPsd9wx4QZyyYJp6Mvs1XRImq548BeDQAwXRraV_DYjjBj0cOD0SPaDSPzOpi8BEkmQ13YyrJN0gz_3XuWoIXQ.jpg

21:54 de.rt.com: **Russland oder Ukraine? – Volksabstimmung in Berdjansk noch im September**

"Es sind mehr und mehr davon überzeugt, dass Russland die Zukunft ist, mit der man verbunden sein sollte", [erklärte](#) der Bürgermeister von Berdjansk, Aleksander Saulenko, am Freitag, weshalb er noch im September ein Referendum durchführen will.

Wie der Bürgermeister von Berdjansk sagte, soll dieses Referendum den Status der Stadt und der umgebenden Region in Saporoschje bestimmen, ob sie unter russischer oder ukrainischer Kontrolle stehen soll. Laut Saulenko seien derzeit etwa 70 Prozent der Bürger bereit, sich am Referendum zu beteiligen, darunter seien 80 Prozent bereit, ihr "Ja" für Russland zu geben. Der eindeutige Beweis dafür sei laut Saulenko der Ansturm auf die zwei Passämter in Berdjansk, die überlastet seien, weswegen bereits die Eröffnung eines dritten Passamtes gefordert werde. So haben bereits mehr als 2.000 Einwohner von Berdjansk russische Pässe erhalten.

22:25 de.rt.com: **EU-Botschafter in Russland legt Amt nieder**

Der EU-Botschafter in Russland, Markus Ederer, hat verkündet, dass er sein Amt zum 1. September niedergelegt habe. In einem Interview mit RTVI, das am 31. August aufgezeichnet und am Freitag, dem 2. September veröffentlicht wurde, sagte er:

"Heute ist mein letzter Tag als EU-Botschafter [in Russland]."

Ederer wurde 1957 in Deutschland geboren. Er trat 1988 in den Dienst des Auswärtige Amtes und war von 1990 bis 1993 in der Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft in Moskau

tätig. Nach mehreren diplomatischen Stationen arbeitete er in Deutschland für den Bundesnachrichtendienst (BND), wo er Leiter der Unterabteilung für politische und wirtschaftliche Analysen war, bevor er seinen Dienst im Außenministerium der Bundesrepublik fortsetzte. Am 16. Mai 2017 wurde er zum Botschafter der Europäischen Union in Moskau ernannt.



[https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6312597148fbef0c6207d75c.jp](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6312597148fbef0c6207d75c.jpg)

g

Markus Ederer

22:49 de.rt.com: **Ehemaliger hochrangiger ukrainischer Beamter: Hunderttausende von Ukrainern sind bereits gestorben**

Der ehemalige stellvertretende Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Sergei Kriwonos, hat erklärt, dass seit Beginn der russischen Spezialoperation die unwiederbringlichen Verluste in der Ukraine in die Hunderttausende gehen. Er sagte dem Portal [Strana](#):

"Mir ist klar, dass die Tatsache, dass wir im Februar, März und April überlebt haben, nicht darauf zurückzuführen ist, dass die Führung etwas unternommen hat, sondern darauf, dass die Menschen sich selbst organisiert haben, ohne auf irgendwelche Befehle zu warten. Und das ist unsere große Errungenschaft, unser Recht, die Machthaber zu fragen: Warum habt ihr nichts getan, warum sind Dutzende – und wir verstehen schon, dass Hunderttausende gestorben sind – warum sind sie gestorben?"

Ende Juli hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einem Interview mit dem Fernsehsender Newsmax erklärt, die Ukraine verliere täglich etwa 60 bis 100 getötete und 500 verwundete Soldaten bei Kampfeinsätzen.



[https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63124d7848fbef0c561a5b3c.jp](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63124d7848fbef0c561a5b3c.jpg)

g

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Militärisch-zivile Verwaltung von Saporoschje: Energodar wieder unter Beschuss**

Die militärisch-zivile Verwaltung des teilweise von Russland kontrollierten Gebiets Saporoschje hat in der Nacht zum Samstag über erneute Angriffe auf die Stadt Energodar berichtet. Wladimir Rogow, Leiter der Bewegung "Wir sind zusammen mit Russland" und Mitglied des Hauptrates der Gebietsverwaltung, teilte der Agentur RIA Nowosti mit, die ukrainische Attacke sei abgewehrt worden.

Auf Telegram schrieb Rogow von mehr als zwei Dutzend Explosionen, die in der Stadt zu hören gewesen seien. Drei Geschosse seien 400 Meter östlich des AKW Saporoschje eingeschlagen. Ein weiteres Projektil sei zwischen dem 2. und dem 3. Energieblock eingeschlagen. Durch die Attacke sei eine Hochspannungsleitung beschädigt worden, und das AKW befinde sich momentan im Selbstversorgungsmodus, [schrieb](#) Rogow auf Telegram. Berichte über mögliche Verletzte lagen zunächst nicht vor.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6312e9f148fbef0d1267c8e5.jpg>

Mitarbeiter des AKW Saporoschje, 23. August 2022

7:38 de.rt.com: **Behörden von Saporoschje: Ukrainische Kräfte wollten wieder unweit des AKW Saporoschje landen**

Die militärisch-zivile Verwaltung des Gebiets Saporoschje hat über eine versuchte Landung ukrainischer Truppen in der Nähe von Wassiljewka, Dneprorudnoje und Energodar berichtet. Wladimir Rogow, Leiter der Bewegung "Wir sind zusammen mit Russland" und Mitglied des Hauptrates der Gebietsverwaltung, sprach von mindestens zwei Dutzend ukrainischen Schnellbooten mit vielen Bewaffneten an Bord. Sie hätten in der Gegend um die Ortschaften Kamenskoje und Stepnogorsk am Stausee von Kachowka abgelegt. Der Versuch sei aber gescheitert, da Russland unter anderem Ka-52-Hubschrauber eingesetzt habe.

Rogow brachte die versuchte ukrainische Landung mit einer geplanten Sitzung der sogenannten Ramstein-Gruppe zur Unterstützung der Ukraine in Verbindung. Eine logische Erklärung für solche Handlungen sehe er nicht. Später werde das russische Verteidigungsministerium weitere Einzelheiten bekannt geben.

Dies war nicht das erste Mal, dass die ukrainische Armee versuchte, ihre Truppen in der Nähe des AKW Saporoschje zu landen. Das russische Militär hatte nach eigenen Angaben am Donnerstag zwei solche Versuche verhindert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6312e96448fbef0d1267c8e2.jpg>
g

AKW Saporoschje

8:04 de.rt.com: **Russische Siedlung im Grenzgebiet Brjansk gerät unter Beschuss aus Ukraine**

Der Gouverneur des russischen Gebiets Brjansk hat am Samstagmorgen über einen ukrainischen Angriff auf die Siedlung Kistjor berichtet. Infolge der Attacke seien Stromleitungen und Straßen beschädigt worden, schrieb Alexander Bogomas auf Telegram. In einem Mehrfamilienhaus und in einem Verwaltungsgebäude seien Fensterscheiben kaputt gegangen. Durch Splitter sei außerdem ein Denkmal für gefallene sowjetische Soldaten beschädigt worden. Verletzte gebe es keine.

Der Gouverneur [veröffentlichte](#) auf Telegram Fotos, auf denen die Schäden in der Siedlung zu sehen waren.

Seit dem Beginn der militärischen Sonderoperation werden russische Siedlungen an der Grenze zur Ukraine immer wieder aus dem Nachbarland beschossen. Deswegen gilt in den Grenzgebieten Brjansk, Kursk und Belgorod sowie auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim die Terrorwarnstufe "Gelb".

8:06 de.rt.com: **Kostenexplosion bei Energie und Lebensmitteln: Unruhen nehmen weltweit zu**

Laut einer aktuellen Studie von Verisk Maplecroft, einem Risikoberatungsunternehmen, wird es in zahlreichen Ländern weltweit verstärkt Unruhen geben. Auch auf die wohlhabendsten Länder Europas kommen wegen der Inflation Straßenproteste und Demonstrationen zu. In über 100 Ländern ist das Risiko von Unruhen im letzten Quartal gestiegen, so Verisk Maplecroft, ein in Großbritannien ansässiges Strategieberatungsunternehmen in seinem am Donnerstag veröffentlichten Civil Unrest Index (CUI). Der Index wird aus einer Reihe von Umfragen abgeleitet, in denen verschiedene Faktoren wie Inflation und staatliche Mechanismen zur Überwindung oder Unterdrückung von Konflikten sowie die Gesamtauswirkungen von Unruhen bewertet werden.

Von 198 Ländern weltweit hat sich das Risiko ziviler Unruhen im untersuchten Zeitraum nur in 42 Ländern verringert, während es in 101 Ländern zugenommen hat.

In den übrigen Ländern blieb die Situation im Vergleich zum Vorquartal unverändert. Das Unternehmen brachte das steigende Risiko ziviler Unruhen mit den Auswirkungen der Inflation auf die Preise für Grundnahrungsmittel und Energie in Verbindung.

"Die Auswirkungen sind auf der ganzen Welt zu beobachten, wobei die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die steigenden Lebenshaltungskosten auf den Straßen der Industrie- und Schwellenländer gleichermaßen zu spüren ist, von der EU, Sri Lanka und Peru bis hin zu Kenia, Ecuador und dem Iran", heißt es in einer Pressemitteilung.

Europa sticht in der Rangliste negativ hervor, da das Risiko ziviler Unruhen "größtenteils aufgrund der Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine" gestiegen ist, so das Unternehmen. Es wird erwartet, dass sich die Situation auf dem Kontinent in den nächsten sechs Monaten verschlechtern wird. Bosnien und Herzegowina, die Schweiz, die Niederlande, Deutschland und die Ukraine gehören zu den Staaten mit dem größten prognostizierten Anstieg des Risikos", so das Unternehmen weiter.

Deutschland gehört wie auch Norwegen zu den wohlhabenden Ländern, in denen aufgrund von Arbeitskampfmaßnahmen Störungen des täglichen Lebens zu erwarten sind, wie es bereits im Vereinigten Königreich zu beobachten ist, erklärte Torbjorn Soltvedt, Hauptanalyst von Verisk Maplecroft, gegenüber Reuters.

Finnland, Schweden und Norwegen werden demnach einen starken Anstieg an sozialen Spannungen verzeichnen, aber weiterhin zu den für Unternehmen und Investoren risikoarmen Ländern gehören.

"Die Aussichten für die Ukraine sind jedoch wesentlich düsterer, da dort mit der weltweit größten Verschärfung der Unruhen zu rechnen ist, die durch den Stillstand der Reformen und die Präsenz bewaffneter militanter Gruppen, die die Spannungen auf den Straßen weiter anheizen dürften, angeheizt werden", heißt es zu den europäischen Ländern.

"Da die Inflation in mehr als 80 Prozent der Länder der Welt über 6 Prozent liegt, erreichen die sozioökonomischen Risiken ein kritisches Niveau. Fast die Hälfte aller Länder auf dem CUI wird nun als hoch oder extrem risikobehaftet eingestuft, und bei einer großen Anzahl von Staaten wird in den nächsten sechs Monaten eine weitere Verschlechterung erwartet", so Verisk Maplecroft.

Zu den Faktoren gehören die enorm gestiegenen Lebensmittel- und Energiepreise. Neben der Covid-Pandemie und dem Ukraine-Konflikt haben verheerende Dürren und niedrige Wasserstände im Zusammenhang mit dem Klimawandel die Problematik noch verschärft. Die Analysten verweisen darauf, dass Proteste je nach Ausmaß hohe Kosten für privates und öffentliches Gut mit sich bringen können.

Es ist unwahrscheinlich, dass sich der globale Trend in nächster Zeit ändert, warnte das Unternehmen. "Nur ein signifikanter Rückgang der weltweiten Lebensmittel- und Energiepreise kann den negativen globalen Trend beim Risiko ziviler Unruhen aufhalten. Die Rezessionsängste nehmen zu, und die Inflation wird 2023 voraussichtlich schlimmer sein als 2022", erklärte das Unternehmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631253cab480cc3bf224a923.jpg>

Protest gegen die Preiserhöhungen für Brennstoffe und die Lebenshaltungskostenkrise vor dem Hauptsitz des Energieversorgers ScottishPower in Glasgow, Schottland, 12. August 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 03.09.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 30 Mann;
- 1 Panzer;
- 2 Schützenpanzerwagen;
- 3 Artilleriegeschütze.

Nach genaueren Informationen wurden infolge von **Beschuss der BFU auf Kremennajy** unter Einsatz amerikanischer 155mm-Geschütze 2 Wohnhäuser zerstört und 5 sowie das Gebäude einer Einheit des Zivilschutzministeriums der LVR beschädigt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 2. September haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Kusmino und Tschwonaja Dibrowa zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:07 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet sechs Tote und 17 Verletzte durch ukrainische Angriffe binnen 24 Stunden**

Die Behörden in Donezk haben innerhalb der letzten 24 Stunden 52 Angriffe durch ukrainische Truppen registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 293 Geschosse abgefeuert. Dabei setzte das ukrainische Militär Raketen vom Typ Grad sowie Geschosse der Kaliber 155 und 152 Millimeter ein. Unter Beschuss gerieten acht Wohngebiete, darunter Donezk.

Bei den Angriffen in der Zeitspanne von 6:00 Uhr am 2. September bis 6:00 Uhr am 3. September (Ortszeit) kamen sechs Einwohner von Donezk und Makejewka ums Leben, darunter ein Jugendlicher. Weitere 17 Einwohner von Donezk, Makejewka und Debalzewo erlitten Verletzungen. Insgesamt wurden bei den Attacken 30 Wohnhäuser und 13 zivile Infrastrukture Objekte in Donezk, Makejewka und Gorlowka beschädigt.

Am Vortag hatten die Behörden von Donezk über 63 Angriffe aus der Ukraine berichtet. Dabei wurden drei Zivilisten getötet. Weitere acht erlitten Verletzungen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6312f72cb480cc2b5655d593.jpg>

Folgen ukrainischen Beschusses im Zentrum von Donezk, 2. September 2022

9:30 de.rt.com: **Russlands UN-Botschafter beschwert sich bei UN-Generalsekretär über fehlende Visa für russische Diplomaten im Vorfeld der UN-Generalversammlung**

Der Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, hat den UN-Generalsekretär António Guterres darauf aufmerksam gemacht, dass noch keines der 56 Mitglieder der Kerngruppe der russischen Delegation wenige Tage vor der UN-Generalversammlung ein Einreisevisum für die USA habe. Auch Journalisten und die Besatzung des Flugzeugs des russischen Außenministers Sergei Lawrow seien davon betroffen. Nebensja zufolge seien die Einreisevisa bei der US-Botschaft in Moskau beantragt worden. Die russische Nachrichtenagentur Interfax zitiert das Schreiben des russischen UN-Botschafters mit den Worten:

"In diesem Zusammenhang möchten wir Sie darum bitten, den US-Behörden deutlich zu machen, dass sie den russischen Delegationsteilnehmern und ihren Begleitern, darunter den russischen Journalisten, die über den Besuch des Ministers in New York berichten werden, so schnell wie möglich die beantragten Visa ausstellen müssen."

Eine UN-Sprecherin teilte am Freitag mit, der UN-Generalsekretär sei in engem Kontakt mit dem Gastland USA und mit betroffenen Vertretungen, darunter Russland.

Ein Abkommen zwischen den USA als Gastland und der UNO regelt die rechtlichen Rahmenbedingungen unter anderem für die Visumsvergabe. Dementsprechend sind die Vereinigten Staaten verpflichtet, Diplomaten und Angehörigen von Regierungsdelegationen die Einreise in die USA zu ermöglichen, wenn sie zum UN-Hauptquartier wollen.

Die diesjährige Generaldebatte der UN-Vollversammlung startet am 20. September und dauert eine Woche.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6312ff7448fbef0f915d7a53.jpg>

Wassili Nebensja

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 3.09.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **293 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 6 Zivilisten, 17 wurden verletzt**. 30 Wohnhäuser und 13 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der

Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Artilleriegeschütze, 1 Drohne und 7 Spezialfahrzeug. Die Verluste unter dem Personal des Gegners betragen mehr als 20 Nationalisten.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:54 de.rt.com: **Ukraine bietet Deutschland Atomstrom an**

Die Ukraine will Deutschland die Lieferung von Atomstrom anbieten. Man habe eine ausreichende Menge an Strom in der Ukraine dank der Kernkraftwerke, so der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal. Er werde das bei seinem Besuch in Berlin ansprechen. Die Ukraine bietet Deutschland die Lieferung von Atomstrom an. Der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal sagte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa): "Derzeit exportiert die Ukraine ihren Strom nach Moldau, Rumänien, in die Slowakei und nach Polen. Aber wir sind durchaus bereit, unsere Exporte auf Deutschland zu erweitern." Und er ergänzte:

"Wir haben eine ausreichende Menge an Strom in der Ukraine dank unserer Kernkraftwerke. Bei meinem Besuch in Berlin und dann auch in Brüssel werde ich das ansprechen."

Schmyhal wird am Samstag in Berlin erwartet und am Sonntag von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Kanzleramt empfangen. Parallel zur militärischen Eskalation Ende Februar hatte die Ukraine sich zusammen mit dem Nachbarland Moldau vom ehemals sowjetischen Stromnetz abgekoppelt. Mitte März erfolgte die Synchronisierung mit dem europäischen Netzwerk.

Seitdem exportiert das Land täglich zwischen 400 und 700 Megawatt Strom in die Europäische Union und nach Moldau. Schmyhal will die Exportquoten für die EU nun um ein Vielfaches erhöhen. Schmyhal dazu:

"Das wäre für beide Seiten sehr gut. Die EU bekäme mehr Energie und wir die Devisen, die wir dringend benötigen."

In der Ukraine werden Atomkraftwerke sowjetischer Bauart mit einer Gesamtkapazität von mehr als 14 Gigawatt betrieben. Sechs Blöcke im Atomkraftwerk Saporischschja in Enerhodar befinden sich allerdings seit März unter russischer Kontrolle.

Mit der militärischen Eskalation in der Ukraine und dem daraus resultierenden Rückgang der Wirtschaftsleistung ist auch der Stromverbrauch in der Ukraine massiv zurückgegangen. Dadurch sollen Kapazitäten für den Export frei geworden sein.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6313076fb480cc2b5655d59c.jpg>

10:08 de.rt.com: **Deutsche Gasspeicherbetreiber: Einspeicherungen trotz Lieferstopps aus Russland weiter möglich**

Trotz des Gaslieferstopps durch die Pipeline Nord Stream 1 kann nach Einschätzung der

Gasspeicherbetreiber in Deutschland weiter Erdgas eingespeichert werden. Der vergangene Mittwoch als erster Tag der Lieferunterbrechung habe dies bereits gezeigt, sagte der Geschäftsführer des Branchenverbandes Initiative Energien Speichern (INES), Sebastian Bleschke, der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Unterm Strich seien an diesem Tag bundesweit 611 Gigawattstunden Gas hinzugekommen.

"Ich gehe davon aus, dass Einspeicherungen auf diesem Niveau aufrechterhalten werden können, sodass das 85-Prozent-Ziel in wenigen Tagen erreicht werden wird."

Sollte sich der komplette Ausfall russischer Gastransporte bis in den November fortsetzen, würde ein Erreichen des 95-Prozent-Ziels allerdings große Anstrengungen erfordern, erklärte Bleschke.

Das weitaus meiste Erdgas erhält Deutschland inzwischen aus Norwegen, den Niederlanden und Belgien. Nach Angaben der Bundesnetzagentur sind am Donnerstag rund 2.900 Gigawattstunden Erdgas aus diesen Ländern nach Deutschland geflossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63130391b480cc2a5f10be86.jpg>

10:39 de.rt.com: **Estlands Eisenbahnunternehmen verliert mehrere Millionen Euro wegen Sanktionen gegen Russland**

Der Vorstandschef des estnischen Eisenbahnunternehmens Eesti Raudtee, Kaido Zimmermann, hat am Freitag dem Radiosender Vikerraadio über millionenschwere Verluste seiner Gesellschaft infolge der westlichen Sanktionen gegen Russland [berichtet](#). In diesem Jahr werde Eesti Raudtee etwa 20 Millionen Euro vermissen. Die Regierung in Tallinn habe Eesti Raudtee bereits mit zwölf Millionen Euro unterstützt.

Für das nächste Jahr prognostizierte Zimmermann einen Verlust von bis zu 25 Millionen Euro durch den zurückgegangenen Grenzverkehr: Während im August 2021 über drei Grenzübergänge durchschnittlich 7,5 Züge ins baltische EU-Land aus Russland eingereist wären, seien es heute höchstens drei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6313094eb480cc2dc45423c1.jpg>
g

Eisen-Haltestelle bei Tartu in Estland

11:41 de.rt.com: **Wahlkommission in Saporoschje bekommt Ausrüstung für Referendum über Beitritt zu Russland**

Die Leiterin der Wahlkommission des teilweise von Russland kontrollierten Gebiets Saporoschje hat am Samstag mitgeteilt, dass das erforderliche Zubehör für das angekündigte Referendum über einen Beitritt der Region zu Russland schon da sei. In einem von der militärisch-zivilen Gebietsverwaltung verbreiteten [Video](#) zeigte Galina Katjuschtschenko unter anderem eine Wahlkabine, eine Wahlurne und eine mobile Wahlurne. Ihre Behörde bereite sich auf das Referendum seit August vor, sagte die Chefin der Wahlkommission. "Die Transparenz der Abstimmung soll von Beobachtern und Mitgliedern der lokalen Wahlkommissionen überwacht werden."

Es werde auch ausländische Beobachter geben. Eine elektronische Abstimmung schloss Katjuschtschenko jedoch aus, weil die Internetverbindung vor Ort noch instabil sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63131ba548fbef62d9621cf3.jpg>

11:52 de.rt.com: **Meinungsforscher: China für Mehrheit der Russen das freundlichste Land**

Mehr als die Hälfte der Russen glaubt, dass Russland die stärksten Beziehungen zu China hat, während 76 Prozent der Bürger die Vereinigten Staaten als das feindlichste Land betrachten. Dies sind die Ergebnisse der jüngsten statistischen Erhebungen. Das staatliche russische Markt- und Meinungsforschungsunternehmen WZIOM hat kürzlich

eine Umfrage veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass die Russen China für das freundlichste Land halten – und die USA, die Ukraine und die europäischen Länder für die feindlichsten. Wie die Nachrichtenagentur TASS berichtet, betonten die Meinungsforscher in einer Erklärung:

"Mehr als die Hälfte unserer Mitbürger – 55 Prozent – glauben immer noch, dass Russland die stärksten Beziehungen zu China hat. Das ist der höchste Wert aller Zeiten, ein Plus von 10 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 2019."

Zu den besonders freundlichen Ländern gehören für Russen laut Umfrage auch Weißrussland (49 Prozent der Befragten), Indien (22 Prozent), die Türkei (17 Prozent) und Kasachstan (13 Prozent). Weitere elf Prozent der Befragten erwähnten die engen Beziehungen zwischen Russland und Serbien (neun Prozent mehr gegenüber dem Jahr 2019), während zehn Prozent der Befragten Iran auf die Liste setzten (sieben Prozent mehr gegenüber dem Jahr 2019). Die Vereinigten Staaten bleiben der Hauptfeind Russlands, so die Befragten laut Angaben der Nachrichtenagentur TASS. Die Zahl derjenigen, welche die USA als feindliches Land betrachten, ist in diesem Jahr um fast zehn Prozent gestiegen, was den höchsten Wert in der Geschichte der statistischen Erhebungen darstellt. Die Ukraine hingegen wird von fast der Hälfte der Befragten als feindlich eingestuft. Das sind zehn Prozent weniger als noch im Jahr 2019.

Auch Deutschland (32 Prozent), Polen (28 Prozent), Frankreich (21 Prozent), Lettland (14 Prozent) und Estland (elf Prozent) werden von den Russen auf die Liste der unfreundlichen Länder gesetzt. Gleichzeitig neigt jeder Zehnte dazu, die baltischen Staaten als Feinde der Russischen Föderation zu betrachten.

Interessanterweise ändert sich das Bild Georgiens in den Augen der Russen allmählich.

Während im Jahr 2019 noch 12 Prozent der Befragten Georgien zu den feindlichen Ländern zählten, ist die Zahl in diesem Jahr auf ein Prozent gesunken.

Finnland, Bulgarien und die Tschechische Republik, die bisher als befreundet galten, tauchten zum ersten Mal auf der Liste der von den Russen als feindlich eingestuften Länder auf – wohl wegen der Politik ihrer Regierungen im Zuge der Ukraine-Krise und der militanten Russophobie in diesen Ländern.

Laut der Nachrichtenagentur RIA Nowosti wurde am 13. August eine landesweite telefonische Umfrage von WZIOM-Sputnik unter 1.600 Russen über 18 Jahren durchgeführt. Die Daten seien nach soziodemografischen Parametern gewichtet und die Fehlermarge betrage mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent nicht mehr als 2,5 Prozent.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631066e4b480cc4702352f34.jpg>
Passanten auf dem Wassiljewski Spusk in Moskau

nachmittags:

12:05 de.rt.com: **TASS-Bericht: Russland zahlte schon mehr als 183 Millionen Euro an Flüchtlinge aus Donbass und Einwohner in Ukraine**

Die russische Nachrichtenagentur TASS berichtet unter Berufung auf eine Quelle in Sicherheitskreisen, dass Russland inzwischen 7,6 Milliarden Rubel oder mehr als 126,5 Millionen Euro an Flüchtlinge aus den Donbass-Volksrepubliken und der Ukraine gezahlt habe. Einwohner der von Kriegshandlungen verheerten Territorien seien mit fast 3,4 Milliarden Rubel oder fast 56,6 Millionen Euro unterstützt worden.

Nach TASS-Angaben passierten allein am Freitag mehr als 16.000 Einwohner der Volksrepubliken Donezk und Lugansk die russische Staatsgrenze im Gebiet Rostow. Somit trafen nach offiziellen Angaben in Russland über 3,8 Millionen Flüchtlinge, davon etwa 613.000 Minderjährige, ein.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6313222fb480cc19421ec2c2.jpg>

Einwohner von Woltschansk im Gebiet Charkow erhalten humanitäre Hilfe aus Russland, 3. Mai 2022

12:43 de.rt.com: **Polens Grenzschutz zählt sechs Millionen Einreisen aus Ukraine**

Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs am 24. Februar hat der polnische Grenzschutz mehr als sechs Millionen Einreisen aus dem Nachbarland registriert. Am Freitag seien 22.200 Menschen nach Polen gekommen, wie die Behörde am Samstag [mitteilte](#). In die umgekehrte Richtung hätten 25.700 Menschen die Grenze überquert. Insgesamt seien seit dem Kriegsbeginn 4,2 Millionen Menschen von Polen aus in die Ukraine eingereist. Dabei handele es sich nach Angaben der Behörden zum Großteil um ukrainische Staatsbürger.

Damit setzt sich ein Trend der vergangenen Wochen fort: Inzwischen gibt es im Tagesdurchschnitt mehr Rückkehrer als Ausreisende. Polen und die Ukraine teilen eine mehr als 500 Kilometer lange Grenze. Dies ist zugleich eine der Ostgrenzen der Europäischen Union. Es gibt keine offiziellen Angaben, wie viele Kriegsflüchtlinge in Polen geblieben und wie viele in andere EU-Staaten weitergereist sind.



<https://pbs.twimg.com/media/FbtZQy6WQAAU-df?format=jpg&name=small>

dan-news.info: In Mariupol wurden heute die ersten zwei neuen Wohnhäuser feierlich von der Bauorganisation, der militärischen Baugesellschaft des Verteidigungsministeriums der RF an die kommunalen Organe Mariupols übergeben.

Die neuen Häuser sind ein Teil eines Wohngebiets aus 12 fünfstöckigen Häusern für 2500 Einwohner. Sie befinden im Westen der Stadt, in der Nähe des Markts „Asowskij“. Insgesamt ist geplant dort fast 100.000 Quadratmeter Wohnraum zu bauen, das sind mehr 1000 Wohnungen. Zum Komplex gehört auch ein Zentrum des Zivilschutzministeriums zwei Schulen für 600 und 835 Schüler.

Genau in diesem Gebiet war einer der intensivsten Kämpfe. Jetzt wird das Gebiet in Ordnung gebracht. Dort wird es bald Parks, Spielplätze und Erholungsgebiet geben.

Die Arbeiten hatten am 28. Mai begonnen. Für den Bau waren drei Werke zur Produktion von Beton errichtet wurden. Dies waren die ersten Unternehmen, die nach den Kämpfen in der Stadt ihren Betrieb aufnahmen. Bis Oktober sollen die nächste sechs Häuser übergeben werden.

Auch in anderen Bezirken Mariupols wird zurzeit gebaut.



https://dan-news.info/storage/c/2022/09/03/1662190266_714772_56.jpg

12:59 de.rt.com: **Nachfolger für umstrittenen Botschafter Melnyk: Alexei Makejew wird neuer Chef-Diplomat in Berlin**

Nach fast acht Jahren im Amt kehrt Deutschlands umstrittenster Diplomat, Andrei Melnyk, in seine ukrainische Heimat zurück. Nun steht fest, wer sein Nachfolger wird.

Nachdem der umstrittene Botschafter Andrei Melnyk wegen seiner fragwürdigen Äußerungen zur Figur des ukrainischen Ultranationalisten Stepan Bandera zurück nach Kiew abberufen wurde, steht nun fest, wer die Ukraine künftig in Deutschland vertreten soll. Wie die „Welt am Sonntag“ unter Berufung auf Diplomatenkreise berichtet, übernimmt Alexei Makejew die

Leitung der ukrainischen Botschaft in Berlin. Bundespräsident Steinmeier soll demnach bereits sein förmliches Einverständnis (Agrément) zur Personalie Makejew erteilt haben. Der 46-jährige Makejew gilt in der Ukraine als Vorzeigediplomat. Bereits mit 21 Jahren trat er in den diplomatischen Dienst ein, nachdem er an der staatlichen Universität in Kiew Internationale Beziehungen studiert hatte. Im Jahr 2014 wurde der designierte Chef-Entsante zum Leiter der Politischen Abteilung des Kiewer Außenministeriums berufen. Vor zwei Jahren ernannte ihn Außenminister Dmitri Kuleba zudem zu seinem ersten Sonderbeauftragten für Sanktionspolitik. Da Makejew nach Informationen der „Welt“ bereits als Diplomat in Berlin tätig war, spricht er auch fließend Deutsch.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte Makejews Vorgänger Melnyk Mitte Juli von seinem Posten abberufen. Grund dafür waren dessen umstrittene Äußerungen zum ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera, welchem Historiker Kollaboration mit den Nazis und eine Mitverantwortung für die Ermordung von Polen und Juden im Zweiten Weltkrieg vorwerfen. Die uneingeschränkte Verehrung, die der Diplomat dem westukrainischen Faschisten und Nationalistenführer in einem Interview Anfang Juli entgegenbrachte, empörte nicht nur viele Deutsche. Auch aus Polen und aus Israel hagelte es kräftig Kritik.

Unter anderem hatte Melnyk seinerzeit erklärt, es gebe "keine Belege, dass Banderas Truppen hunderttausende Juden ermordet haben." Auch hätte es "keinen Befehl gegeben, Juden zu vernichten", so der ukrainische Botschafter. Dies hätten "viele Historiker" erforscht.

Für die umstrittenen Äußerungen entschuldigt hat sich Melnyk bis heute nicht. Einem weiteren Reputationsschaden kam stattdessen das ukrainische Außenministerium zuvor und distanzierte sich von Melnyk: "Die Meinung des ukrainischen Botschafters in Deutschland, Andrei Melnyk, die er in einem Interview mit einem deutschen Journalisten ausgedrückt hat, ist seine persönliche und gibt nicht die Position des ukrainischen Außenministeriums wieder." Doch der bisherige ukrainische Botschafter in Deutschland fiel auch anderweitig negativ auf. So bezeichnete er Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) einmal als "beleidigte Leberwurst", nachdem dieser zuvor verkündet hatte, vorerst nicht in die Ukraine reisen zu wollen. "Eine beleidigte Leberwurst zu spielen, klingt nicht sehr staatsmännisch", spottete der ukrainische Botschafter über diese Entscheidung im Gespräch mit der dpa. "Es geht um den brutalsten Vernichtungskrieg seit dem Naziüberfall auf die Ukraine, es ist kein Kindergarten", so Melnyk.

Den prominenten Verfassern eines in der Zeitschrift Emma veröffentlichten offenen Briefs an Bundeskanzler Scholz, in dem die Autoren vor der Gefahr eines dritten Weltkrieges im Falle weiterer schwerer Waffenlieferungen warnen, unterstellte Melnyk auf Twitter beispielsweise, "nichts aus der Geschichte gelernt zu haben". Im Gegensatz zu deutschen, würden ukrainische Prominente "keine blöden, sittenlosen Ratschläge" geben und stattdessen selbst im Kriegsgebiet "anpacken", ergänzte der Diplomat damals, obwohl er in seiner Position selbst vermutlich nie der Gefahr des Krieges ausgesetzt war.

Mit seinen umstrittenen Twitter-Tweets hörte Melnyk jedoch selbst nach seiner Abberufung nach Kiew nicht auf. So bezeichnete er Mitglieder der Linkspartei auf Twitter Anfang August als "Putins deutsche Komplizen". An den Linken-Abgeordneten Klaus Ernst "und all Ihre linken Freundchen wie Wagenknecht & Co" gerichtet, schrieb Melnyk, sie würden "auf der Anklagebank des Nürnberger Tribunals 2.0 gegen die russischen Kriegsverbrecher in der Ukraine" landen. Ernst hatte ihn zuvor lediglich als "Rüpel" bezeichnet und beklagt, dass jeder, der nicht die Haltung der Ukraine einnehme, als Parteigänger Russlands eingestuft werde.

Nach fast acht Jahren offiziell verlassen wird Melnyk Deutschland erst am 14. Oktober, bis dahin ist er noch im Amt. In Kiew soll er stellvertretender Außenminister werden. Ob sein Nachfolger Makejew zurückhaltender auftreten wird, bleibt fraglich. Auf Twitter teilte der designierte Botschafter bereits Forderungen von Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien, wie Michael Roth (SPD) oder Sara Nanni (Bündnis 90/Die Grünen), an

Kanzler Scholz, die Waffenlieferungen an die Ukraine zu beschleunigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63130f4148fbef0a986dbc41.jpg>

Andrei Melnyk wird Deutschland im Oktober verlassen

13:29 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium meldet große Verluste der ukrainischen Armee bei Nikolajew**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat auf seinem Briefing am Samstagnachmittag über erfolglose Versuche der ukrainischen Armee berichtet, sich an einigen Frontabschnitten entlang der Linie Nikolajew–Kriwoi Rog festzusetzen. In den vergangenen 24 Stunden habe der Gegner dort 23 Panzer, 27 Schützenpanzer, 14 Panzerfahrzeuge und neun Pick-ups mit großkalibrigen Maschinengewehren verloren.

Mehr als 230 ukrainische Armeeingehörige seien ums Leben gekommen. Außerdem habe die russische Luftwaffe in der Nähe der Ortschaft Sergejewka im Gebiet Cherson zwei ukrainische Su-25-Kampfflugzeuge und in der Nähe der Ortschaft Nowosjolowka im Gebiet Dnepropetrowsk ein ukrainisches MiG-29-Kampfflugzeug abgeschossen.

Konaschenkow zufolge fehlten wegen der großen Personalverluste auf der ukrainischen Seite in den medizinischen Einrichtungen des Gebiets Nikolajew freie Krankbetten, Medikamente und Blutkonserven. In der Regionalhauptstadt Nikolajew gebe es nun mehr Militärstreifen, die auf der Jagd nach Deserteuren seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63133608b480cc276c21cd72.jpg>

13:55 de.rt.com: **Russlands Militär meldet Zerstörung einer HIMARS-Startrampe**

In den vergangenen 24 Stunden hat Russland seine Angriffe auf Militärobjecte in der Ukraine fortgesetzt. Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, sagte auf seinem Briefing am Samstag, durch einen Hochpräzisionsschlag

gegen eine Einheit der 95. Lande- und Sturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte in der Stadt Slawjansk auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk seien mehr als 100 Armeeeingeborene getötet worden. Dabei seien auch 14 Militärfahrzeuge zerstört worden. In der Nähe der Stadt Konstantinowka auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk seien bis zu 120 ukrainische Kämpfer getötet worden.

Ferner berichtete Konaschenkow über die Zerstörung von sechs Munitionslagern der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten Nikolajew, Saporoschje und Charkow sowie auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk. In der Nähe der Stadt Kramatorsk bei Donezk sei auch ein Treibstoffdepot getroffen worden. In der Nähe der Ortschaft Konstantinowka sei eine HIMARS-Startrampe außer Gefecht gesetzt worden. Gleichzeitig seien bis zu 30 Angehörige der jeweiligen Einheit ums Leben gekommen.

Nach Angaben des Sprechers habe die russische Flugabwehr am Himmel über den Ortschaften Wolnowacha und Nowopawlowka in der Volksrepublik Donezk und über Kachowka im Gebiet Cherson drei Drohnen, darunter eine vom Typ Bayraktar TB2, abgeschossen. Im Gebiet Cherson seien zudem drei Totschka-U-Raketen abgefangen worden. In den Gebieten Cherson, Charkow und Saporoschje seien außerdem 44 HIMARS-Raketen, zwölf Olcha- und vier Urgan-Geschosse abgefangen worden.

Wie das russische Verteidigungsministerium weiter mitteilt, habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 286 Flugzeuge, 151 Hubschrauber, 1.867 Drohnen, 372 Flugabwehrraketensysteme, 4.776 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 824 Mehrfachraketenwerfer sowie 3.366 Geschütze und Mörser verloren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63133c11b480cc24301cbf86.jpg>

Ein US-amerikanischer HIMARS-Mehrfachraketenwerfer feuert am 14. Juni 2016 bei einer Militärübung in Polen eine Rakete ab.

15:06 (14:06) novorosinform.org: **Das KKW Saporoschje stellte die Energieversorgung der von Kiew kontrollierten Gebiete ein**

Die Verwaltung von Energodar gab die Einstellung der Energielieferungen aus dem Kernkraftwerk Saporoschje in die von der Ukraine kontrollierten Gebiete bekannt. Grund sei eine Beschädigung der Stromleitung infolge des Beschusses durch die Streitkräfte der Ukraine, berichtet RIA Novosti.

Wie die Verwaltung von Energodar mitteilte, führen Spezialisten derzeit Wiederherstellungsarbeiten an einer durch Beschuss beschädigten Stromleitung durch. Es wird darauf hingewiesen, dass unter Berücksichtigung technologischer Merkmale die von den Leistungseinheiten erzeugte Ausgangsleistung variiert.

„Die Stromversorgung der von der Ukraine kontrollierten Gebiete wurde aufgrund technischer Schwierigkeiten ausgesetzt“, teilte die Verwaltung mit.

Zuvor wurde berichtet, dass die Streitkräfte der Ukraine in der Nacht zum Samstag den Beschuss des KKW wieder aufgenommen hätten. Es wurde festgestellt, dass auch auf den Stadtrand von Energodar ein Raketenangriff durchgeführt wurde. Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der Regionalverwaltung, sagte später, dass die Station normal funktioniere und der Strahlungshintergrund normal sei.



https://novorosinform.org/content/images/23/40/52340_720x405.jpg

14:25 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukraine wollte AKW Saporoschje während IAEA-Inspektion einnehmen**

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums soll die ukrainische Armee in der Nacht zum Samstag erneut versucht haben, das AKW Saporoschje unter eigene Kontrolle zu nehmen. Wie der Sprecher der Militärbehörde in Moskau, Generalleutnant Igor Konaschenkow, bei einem Briefing am Samstag mitteilte, sei dies trotz der laufenden Inspektion der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) geschehen.

Demnach hätten mehr als 250 ukrainische Spezialkräfte und ausländische Söldner auf 42 Kuttern und Motorbooten gegen 22:00 Uhr MESZ versucht, in der Nähe der Städte Energodar und Dnepropudnoje zu landen. Das russische Militär habe jedoch die beiden Einheiten an der Landung gehindert.

Konaschenkow teilte mit, dass Russland die ukrainischen Kutter mit vier Su-30-Kampfflugzeugen und zwei Ka-52-Hubschraubern angegriffen habe. Dabei seien 20 ukrainische Kutter und Motorboote zerstört worden. Die restlichen seien dann in Richtung Ukraine umgekehrt. Anschließend habe die russische Artillerie die ukrainische Uferlinie vor den Siedlungen Wysschetarassowka und Tschersonodneprowka attackiert, wo der Rest der ukrainischen Landtruppen an Land gegangen sei.

Bei dem gescheiterten Vorstoß seien 47 ukrainische Nationalisten, darunter zehn ausländische Söldner, ums Leben gekommen. Weitere 23 hätten Verletzungen erlitten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631343e6b480cc239808675a.jpg>

AKW Saporoschje, 27. April 2022

14:58 de.rt.com: **Bundesnetzagentur: Mängel kein Grund für Stopp des Nord-Stream-Betriebs**

Die Bundesnetzagentur hat Zweifel an Moskaus Begründung für die Nicht-Wiederaufnahme der Gaslieferungen durch die Pipeline Nord Stream 1 geäußert. In ihrem am Samstag veröffentlichten Lagebericht zur Gasversorgung [schreibt](#) die Behörde:

"Die von russischer Seite behaupteten Mängel sind nach Einschätzung der Bundesnetzagentur technisch kein Grund für die Einstellung des Betriebs."

Insgesamt sei die Lage bei der Gasversorgung angespannt, heißt es in dem Bericht. Eine weitere Verschlechterung der Situation könne nicht ausgeschlossen werden.

"Die Gasversorgung in Deutschland ist im Moment aber stabil. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist derzeit weiter gewährleistet."

Am Freitagabend hatte der russische Staatskonzern Gazprom mitgeteilt, dass der Gasdurchfluss durch Nord Stream 1 bis auf weiteres gestoppt bleibe und nicht wie geplant nach Abschluss der dreitägigen Wartungsarbeiten wieder aufgenommen werde. Der Grund für den Stopp sei ein Ölaustritt in der Kompressorstation Portowaja.

Bereits am Freitagabend teilte der Hersteller der betroffenen Turbine Siemens Energy mit, ein derartiger Befund stelle keinen technischen Grund für eine Einstellung des Betriebs dar.

Solche Leckagen beeinträchtigten im Normalfall den Betrieb einer Turbine nicht und könnten vor Ort abgedichtet werden. Auch in der Vergangenheit sei es durch das Auftreten dieser Art von Leckagen nicht zu einem Stillstand des Betriebs gekommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631348f948fbef0f915d7a78.jpg>

Dan-news.info: **Zwei Mitarbeiter der Verwaltung des Kirowskij-Bezirks von Donezk werden entlassen**, weil sie mit Einwohnern auf einer Versammlung völlig unangemessen umgingen, der Verwaltungsleiter des Bezirks wird einen strengen Verweis erhalten, erklärte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin nachdem eine Videoaufzeichnung des Vorfalls im Internet verbreitet worden war.

In diesem Video wurden Einwohner auf einem Treffen mit dem stellvertretenden Leiter des Kirowskij-Bezirks Wiktor Antinik und dem Inspektor der Orgabteilung der Bezirksverwaltung gezeigt, die sich über Probleme mit der Wasserversorgung beschwerten und um Unterstützung beim Bohren eines Bohrloches bitten. Die Beamten rieten den Menschen, sich selbst damit zu befassen, versprechen ein Reservoir zu installieren, sagen aber dann, dass das vielleicht nicht geschehen wird. Das Gespräch endet mit dreisten Aussagen gegenüber den Einwohnern. „Ich bin äußerst empört über die Situation. Solche Leiter brauchen wir nicht, der stellvertretende Leiter des Bezirks und der Inspektor, die so mit Menschen umgehen, werden entlassen werden. Der Leiter der Bezirksverwaltung wird einen strengen Verweis erhalten“, erklärt Puschilin.

Das Staatsoberhaupt beauftragte den Bürgermeister von Donezk Alexej Kulemsin unverzüglich ein neues Treffen mit den Einwohnern einzuberufen und auf ihre Fragen zu antworten, den Vorsitzenden der Regierung Witalij Chozenko beauftragte er einen Pressekonferenz zu den Problemen der Wasserversorgung zu organisieren.

„Die Menschen müssen diese Informationen erfahren, die Maßnahmen, die ergriffen werden, sind unzureichend“, schloss Puschilin.

Außerdem erhielt der Leiter des Wolnowacha-Bezirks Konstantin Sintschenko einen Verweis, weil er versucht hatte, Journalisten bei der Berichterstattung über eine Versammlung der Bürger zu behindern.

15:55 de.rt.com: **IAEA-Chef: Die physische Unversehrtheit des Kernkraftwerks Saporoschje wurde "mehrmals verletzt"**

Nach der IAEA-Mission am Kernkraftwerk Saporoschje meldet sich deren Leiter zu Wort. Rafael Grossi bestätigt, dass das AKW mehrfach durch Beschuss beschädigt wurde. Einen Verursacher will er jedoch nicht beim Namen nennen. Die Anlage bereitet ihm Sorgen.

Rafael Grossi, der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), hat bestätigt, dass dem von Russland kontrollierten Kernkraftwerk Saporoschje in der Ukraine Schäden zugefügt wurden, verzichtete jedoch darauf, einen Schuldigen zu benennen. Zudem könne er nicht sagen, ob der Schaden zufällig oder vorsätzlich entstand.

Gegenüber Reportern betonte Grossi, nachdem er am Freitag in das von der Ukraine kontrollierte Gebiet zurückgekehrt war:

"Es ist offensichtlich, dass die physische Unversehrtheit der Anlage mehrmals verletzt wurde. Ob zufällig oder absichtlich. Wir haben nicht die Möglichkeiten, um das zu beurteilen, aber das ist die Realität, die wir anerkennen müssen."

Der IAEA-Chef fügte hinzu:

"Ich mache mir Sorgen, ich mache mir Sorgen und ich werde mir weiterhin Sorgen um die Anlage machen, bis wir eine stabilere, vorhersehbare Situation haben."

Grossi, der Leiter des IAEA- Expertenteams, das am Donnerstag am Kernkraftwerk Saporoschje angekommen war, sagte, er habe während des Besuchs viel gesehen und persönlich einige Schlüsselbereiche der Anlage inspiziert, darunter Notfallsysteme, Dieselgeneratoren und Kontrollräume.

Nach dem Besuch der Anlage werde die Atombehörde "nirgendwo hingehen", versicherte er Reportern und wiederholte, dass die UN-Atomaufsichtsbehörde plane, eine ständige Präsenz in der Anlage einzurichten.

Weiter sagte Grossi, dass einige Experten seines Teams bis Sonntag oder Montag bei der Anlage bleiben werden, um weiter zu ermitteln und Daten für einen Bericht zu sammeln. Russland berichtete, die Ukraine habe am Donnerstag das Kernkraftwerk Saporoschje beschossen und Einheiten zur Erstürmung der Anlage entsandt. Grossi räumte ein, dass die Sicherheitslage am Werk bei seinem Besuch schwierig gewesen sei. Der Atomexperte präziserte:

"Es gab Momente, in denen das Feuer offensichtlich war. Schweres Maschinengewehrfeuer, Artillerie, Mörser. Die Dinge wurden für das UN-Team zwei- oder dreimal sehr besorgniserregend."

Das Kernkraftwerk Saporoschje ist seit März unter russischer Kontrolle, wird aber weiterhin von ukrainischem Personal betrieben. Der IAEA-Chef lobte den "unglaublichen Grad an Professionalität" dieser Mitarbeiter und sagte, er habe sie "ruhig und aktiv" gesehen. Moskau beschuldigte die Kiewer Streitkräfte, Europas größtes Kernkraftwerk im August wiederholt angegriffen zu haben. Russland warnte mehrfach davor, dass die Angriffe zu einer Katastrophe führen könnten, die jene von Tschernobyl im Jahr 1986 in den Schatten stellen würde. Dieses Mal könnte radioaktives Material möglicherweise Polen, die Slowakei, Rumänien, Moldawien, Weißrussland und sogar Deutschland erreichen.

Kiew behauptet, dass russische Streitkräfte das Kraftwerk in eine Militärbasis verwandelt und die Anlage selbst beschossen hätten, um Kiew hierfür die Schuld zu geben. Moskau weist die Anschuldigungen wiederholt zurück und drängt darauf, dass internationale Inspektoren den Standort besuchen, damit sie die Situation selbst einschätzen können.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6313413cb480cc276c21cd7e.jpg>

Der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi (Schwechat / Österreich, 2. September 2022)

16:09 de.rt.com: **Moskau legt Beweise für Verletzung des Biowaffen-Übereinkommens durch USA und Ukraine vor**

In der kommenden Woche wird Moskau in Genf Beweise für Verstöße der USA und der Ukraine gegen die Artikel des Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen vorlegen. Dies hat General Igor Kirillow, Leiter der Strahlen-, Chemischen und Biologischen Verteidigungstruppen, mitgeteilt. Bei einer Pressekonferenz am Samstag sagte er: "Auf Initiative der Russischen Föderation findet kommende Woche eine Sitzung der Vertragsstaaten des Übereinkommens über das Verbot von biologischen und chemischen Waffen statt, bei der es um die Frage der Nichteinhaltung der Verpflichtungen aus dem genannten internationalen Vertrag durch die USA und die Ukraine geht. Die Veranstaltung wird den Nachweis erbringen, dass sie gegen Artikel I und IV des Übereinkommens verstoßen."

Der General forderte die für die Einhaltung des Übereinkommens zuständigen Organisationen sowie die Weltgemeinschaft auf, einer Reihe von Bedrohungen biologischer Natur Aufmerksamkeit zu schenken. Er wies darauf hin, dass es derzeit mehr als 50 Biolabore in unmittelbarer Nähe der Grenzen der Russischen Föderation gibt, die auf Kosten und unter Aufsicht des Pentagons modernisiert wurden.

Nach Angaben des chinesischen Außenministeriums stehen insgesamt 336 Biolaboratorien in 30 Ländern der Welt unter der Kontrolle des US-Militärs, fügte der General hinzu. Kirillow sagte:

"Gleichzeitig gehen ihre Aktivitäten mit einer Verschlechterung der epidemischen Situation bei besonders gefährlichen und wirtschaftlich bedeutsamen Infektionen sowie mit dem Auftreten von für eine bestimmte Region atypischen Infektionskrankheiten einher."

So habe Russland seit dem Jahr 2010 einen Anstieg der Inzidenz bei Brucellose, Kongo-Krim-Fieber, West-Nil-Fieber und Afrikanischer Schweinepest in den an die Ukraine angrenzenden Gebieten sowie eine uncharakteristische Ausweitung des Verbreitungsgebiets der Vektoren verzeichnet, stellte der General fest.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631358ee48fbef0a986dbc7d.jpg>

16:41 de.rt.com: **Ukraine plant Kauf von Drohnen mit chemischen Sprühgeräten**

Die Bayraktar-Drohnen, von denen die Ukraine verlangt hat, dass sie mit einem chemischen Sprengsatz ausgestattet werden, stellen eine Bedrohung für Russland dar, erklärte der russische Generalleutnant Igor Kirillow, Leiter der Strahlen-, Chemischen und Biologischen Verteidigungstruppen. Er präzisierte:

"Uns liegt eine Bestätigung der Anfrage der Ukraine an den türkischen Hersteller von unbemannten Flugzeugen Bayraktar vom 15. Dezember 2021 vor, diese Drohne mit Aerosol-Sprühsystemen und -mechanismen mit einem Fassungsvermögen von über 20 Litern auszustatten."

Der General erklärte, dass die USA aktiv an der Entwicklung und Patentierung von technischen Mitteln für den Einsatz von biologischen Waffen auf der Grundlage von Drohnen arbeiten. Dabei geht es insbesondere um die Verwendung von infizierten Insekten. Vor diesem Hintergrund ist das russische Verteidigungsministerium äußerst besorgt über das Interesse

Kiews an der Lieferung solcher Drohnen.

Kirillow gab an, dass die Bayraktars eine Reichweite von bis zu 300 Kilometern haben. Mit einer chemischen Sprühvorrichtung ausgestattet seien die Drohnen eine reale Bedrohung eines groß angelegten Einsatzes biologischer Waffen gegen Russland.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6313631548fbef0c561a5b9b.jpg>

Bayraktar-Kampfdrohne

16:53 de.rt.com: **USA billigen mögliche Waffenverkäufe an Taiwan im Wert von über einer Milliarde US-Dollar**

Das US-Außenministerium hat den möglichen Verkauf von Waffen und Dienstleistungen im Wert von mehr als 1,1 Milliarden US-Dollar an Taiwan genehmigt. China reagierte darauf mit der Androhung entscheidender Maßnahmen.

Das US-Außenministerium hat grünes Licht für den möglichen Verkauf von Waffen und Dienstleistungen im Wert von mehr als 1,1 Milliarden US-Dollar an Taiwan gegeben. Dies ist auf der Website der Defense Security Cooperation Agency (eine Struktur des Pentagon) zu lesen.

Nach den Unterlagen des Ministeriums handelt es sich um die Lieferung von 60 AGM-84K Harpoon Block II Anti-Schiffs-Raketen und "zugehöriger Ausrüstung" an die Inselbehörden im Gesamtwert von rund 355 Mio. US-Dollar sowie von 100 Luft-Luft-Raketen AIM-9X Block II Sidewinder im Wert von rund 85,6 Mio. US-Dollar.

Überdies genehmigte das Diplomatische Büro der USA ein mögliches Abkommen mit Taiwan über eine Verlängerung des Vertrags über Luftabwehr-Radarwarnsysteme in Höhe von 665,4 Millionen Dollar. Der Verkauf dieser Waffen an Taiwan, so das Pentagon, "dient den nationalen Wirtschafts- und Verteidigungsinteressen der USA, indem er die Bemühungen unterstützt, eine starke Verteidigungsfähigkeit aufrechtzuerhalten". Weiter hieß es:

"Ein solcher Deal wird das grundlegende militärische Gleichgewicht in der Region nicht verändern."

Aus den Dokumenten geht hervor, dass die US-Regierung den Kongress bereits über ihre Entscheidungen informiert haben soll. Die Gesetzgeber müssen nun innerhalb eines Monats die neuen Vereinbarungen prüfen und über ihre mögliche Blockierung entscheiden. Die neuen Lieferungen werden von der US-Regierung mit einem zunehmenden Druck Chinas auf die Insel begründet.

Die US-Pläne gefährden die weiteren Beziehungen zwischen China und den USA ernsthaft. Dies erklärte Liu Pengyu, Sprecher der chinesischen Botschaft in Washington, und betonte, dass die chinesischen Behörden darauf entscheidend reagieren würden. Der Diplomat unterstrich:

"Taiwan ist ein integraler Bestandteil von Chinas Territorium. Die Vereinigten Staaten mischen sich in die inneren Angelegenheiten Chinas ein und untergraben die Souveränität und die Sicherheitsinteressen Chinas, indem sie Waffen an Taiwan verkaufen."

Liu Pengyu betonte, die US-Waffenverkäufe an Taiwan "widersprechen dem Völkerrecht

sowie den Grundprinzipien der internationalen Beziehungen und verletzen das Ein-China-Prinzip und die Bestimmungen der drei gemeinsamen chinesisch-amerikanischen Kommuniqués, insbesondere des Kommuniqués vom 17. August".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63136a7348fbef0a986dbc8e.jpg>

Eine AGM-84K Harpoon Block II Anti-Schiffs-Rakete – nur eine der Waffengattungen, die von den USA bald an Taiwan geliefert werden könnten

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 3. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

Mehr als 5400 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In den Dörfern Bojewoje und Rownopol werden die Arbeiten zur Inbetriebnahme von Kommunikationsobjekten fortgesetzt.

In Olginka, Wolnowacha und Malojanispol wurden Postfilialen eröffnet.

In Mariupol wurden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken durchgeführt.

Verbraucher in Chowtnowoje, Iljitschwskoje, Ordshonikidsewskoje und Primorskoje wurden an die Gasversorgung angeschlossen.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 6 Hektar Territorium untersucht und 180 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk und anderer Städte der DVR abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:08 de.rt.com: **Erdoğan bietet Putin Vermittlung zu AKW Saporoschje an**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan bietet Vermittlungen zur Lösung der Krise um das Atomkraftwerk Saporoschje an. Dies berichteten westliche Medien am Samstag unter Berufung auf das Büro des türkischen Staatschefs.

Ankara erklärte, Erdoğan habe die Idee in einem Telefongespräch mit Putin formuliert. Weiter

teilte das Büro des türkischen Präsidenten mit:

"Präsident Erdoğan sagte, dass die Türkei in der Lage sei, in der Frage bezüglich des AKW Saporoschje eine Vermittlerrolle zu spielen, so wie sie es im Fall des Getreideabkommens getan hatte."

Wiederholt erklärten das russische Verteidigungsministerium und die Energodar-Behörden, dass das Atomkraftwerk und die von den Arbeitern genutzte Infrastruktur von ukrainischen Truppen beschossen wurden. Im August häuften sich die Angriffe. Der Betrieb des Reaktors wurde zwar nicht unterbrochen, aber es gab Schäden an den Hilfssystemen einschließlich der Becken des Kühlsystems und Einschläge am Lager für radioaktive Isotope. Mehrere IAEA-Experten sind derzeit an der Anlage tätig.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6313691148fbef62d9621d2c.jpg>

17:49 de.rt.com: **Ungarischer Außenminister: Ohne Russland ist es physisch unmöglich, das Land mit Gas zu versorgen**

Ohne Erdgaslieferungen aus Russland ist es physisch unmöglich, Ungarns Bedarf am blauen Brennstoff zu decken. Dies erklärte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó.

Momentan hält sich der ungarische Außenminister in Belgrad zu einem Arbeitsbesuch anlässlich des Gipfels der grenzüberschreitenden Wirtschaftsinitiative Open Balkan auf. Szijjártó erklärte:

"Wir kaufen Gas aus Russland, nicht weil wir eine Art politisches Unterstützungssignal senden wollen, sondern weil das die Realität in der Region ist. Solange man Gas nicht in einem Rucksack oder mit dem Zug transportieren kann, muss man eine Pipeline nutzen. Wenn man sich die Infrastruktur und die Geografie unserer Region ansieht, kann man Russland nicht ausschließen. Wenn Sie die russischen Quellen nicht berücksichtigen, können Sie Ihren Bedarf nicht decken. Es geht um Mathematik und Physik, nicht um Ideologie. Wenn man wie wir 8,5 Milliarden Kubikmeter importiertes Gas pro Jahr braucht, kann man diese Menge nicht ohne russisches Gas liefern."

Ihm zufolge kann die Kapazität aller möglichen alternativen Gasquellen Ungarn nicht mit den benötigten 8,5 Milliarden Kubikmetern Gas versorgen. Szijjártó betonte:

"Und was sagen wir dann unseren Leuten? Dass wir beschlossen haben, kein Gas aus Russland zu kaufen, und dass deshalb in 50, 30, 20 Prozent oder wie viel Prozent der Haushalte in Ungarn nicht geheizt werden kann? Oder sollen wir sagen, dass es uns sehr leid tut, aber wir kaufen kein Gas aus Russland, sodass ein paar Zehntausend Menschen wegen des Zusammenbruchs der Industrie ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Ist dies eine berechnete Erwartung an Ungarn und die ungarische Regierung?"

Am 31. August hatte Szijjártó die Unterzeichnung eines Abkommens mit Gazprom bekannt gegeben, wonach ab dem 1. September täglich zusätzlich 5,8 Millionen Kubikmeter Gas über die Pipeline Turkish Stream ins Land fließen werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631374e948fbef0c561a5bad.jpg>
Péter Szijjártó

abends:

18:14 de.rt.com: **"Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich als Feinde der Freizügigkeit erwiesen" – Rjabkow zur Aussetzung des Visa-Abkommens**

Russlands stellvertretender Außenminister Sergei Rjabkow [kommentierte](#) am Freitag in Moskau die Entscheidung der Europäischen Union, das Visa-Abkommen mit Moskau vollständig auszusetzen. Rjabkow bezeichnete die EU-Mitgliedstaaten als "Feinde der Freizügigkeit", die sich von ihren eigenen Werten abgewandt haben.

Zuvor hatten Vertreter mehrerer EU-Länder Vorschläge für ein Verbot der Erteilung von Schengen-Visa an Russen unterbreitet. Ein Konsens konnte in dieser Frage jedoch vorerst nicht erzielt werden. Estland, Finnland, Lettland und Litauen sprechen sich für das Verbot aus, während Deutschland, Frankreich, Griechenland und Zypern dagegen sind. Im Laufe eines zweitägigen Treffens der EU-Außenminister in Prag wurde beschlossen, das seit dem Jahr 2007 geltende Abkommen über die vereinfachte Visaerteilung zu aussetzen.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 03.09.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR mehr als 160 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **2 Zivilisten verletzt**. 18 Gebäude und 6 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 12 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:39 de.rt.com: **Ungarn hat Verständnis für Serbiens Position, keine Sanktionen gegen Russland zu verhängen**

Die ungarischen Behörden haben volles Verständnis für den Standpunkt Serbiens, keine

Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Dies erklärte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó in einem am Samstag veröffentlichten Interview mit der Nachrichtenagentur Tanjug. Szijjártó sagte, dass Ungarns Position in Bezug auf die Forderung nach Sanktionen Serbiens gegen Russland sehr klar sei. Da Serbien nicht Mitglied der EU sei, könne es eine unabhängige Politik verfolgen, so der ungarische Minister. Er erklärte:

"Was die Sanktionen im Energiesektor anbelangt, so verstehen wir, dass Sie nicht wollen, dass Ihr Volk einfriert und dass Sie keine Beschränkungen auferlegen wollen. Wir wollen weder das eine noch das andere, also kaufen wir Gas aus Russland und betrachten das nicht als politische Aussage. Das hat nichts mit Politik oder Ideologie zu tun. Vergewissern Sie sich also, dass Ungarn Ihre Position vollständig versteht."

Bereits am 2. September hatte Szijjártó auf dem Open-Balkan-Gipfel in Belgrad erklärt, die Pipeline Turkish Stream bleibe die einzige zuverlässige Route für Gaslieferungen nach Europa. Szijjártó sagte, Budapest wäre mit großen Problemen konfrontiert gewesen, wenn Ungarn Turkish Stream nicht gemeinsam mit der Türkei, Serbien und Bulgarien gebaut hätte. Der ungarische Außenminister wies auch darauf hin, dass der bewaffnete Konflikt in der Ukraine zu einer katastrophalen Schwächung der EU geführt habe, die von den Staats- und Regierungschefs nicht verhindert werden konnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6313816a48fbef0c561a5bbc.jpg>

19:43 (18:43) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Nord Stream wurde wieder in betrieb genommen – Reuters**

Die Gaspipeline Nord Stream hat den Betrieb nach einem erzwungenen Stillstand wieder aufgenommen, berichtet Reuters.

Der Bericht stellt fest, dass der Betrieb von Nord Stream bereits wieder aufgenommen wurde und der Gasfluss durch die Pipeline auf 184 kWh gestiegen ist. Die Daten wurden vom Pipelinebetreiber bereitgestellt.

Früher wurde berichtet, dass die russischen Behörden die Frage erwögen, den Gastransit nach Europa durch die Ukraine zu stoppen. Die entsprechenden Informationen wurden von Vertretern des britischen Geheimdienstes Mi-6 an das Büro des Präsidenten der Ukraine übermittelt.

Gestern gab Gazprom eine vollständige Stilllegung der Gaspipeline Nord Stream wegen technischer Probleme mit der verbleibenden Siemens-Turbine bekannt.



https://novorosinform.org/content/images/23/49/52349_720x405.jpg

19:07 de.rt.com: **"Ich verdiene unbefristeten Urlaub": Will Tschetschenien-Chef Kadyrow zurücktreten?**

Tschetscheniens Präsident Ramsan Kadyrow hat mitgeteilt, er verdiene einen "unbefristeten und langen Urlaub". Diese Erklärung könnte ein Hinweis auf Kadyrows Rücktrittspläne sein. Der Politiker ist länger im Amt als alle anderen Chefs russischer Verwaltungseinheiten.

Tschetscheniens Präsident Ramsan Kadyrow hat auf [Telegram](#) geschrieben, er habe bemerkt, dass er seinen Posten zu lange bekleide. Er habe festgestellt, dass er der "dienstälteste Chef eines Subjekts der Russischen Föderation" sei. Weiter schrieb er:

"Ich denke, ich habe einen unbefristeten und langen Urlaub durchaus verdient. Ich hoffe, Sie werden mich unterstützen und verstehen."

Kadyrow begleitete seinen Beitrag mit einem Video, in dem er auf ein tschetschenisches Sprichwort verwies: "Wie willkommen und angesehen ein Gast auch sein mag, wenn er pünktlich geht, ist es noch besser." Weiter erklärte der Politiker:

"Ich denke, auch meine Zeit ist gekommen, bevor mir die Tür gewiesen wird."

Überdies erklärte der Präsident, dass seine Jugend vorbei sei:

"Es stellt sich heraus, dass ich alt bin. Einst war ich jung, unerfahren; und jetzt bin ich immer noch derselbe, unerfahren; aber meine Jugend ist weg, irgendwohin gegangen."

Kadyrow ist seit dem Jahr 2007 Präsident von Tschetschenien und damit länger im Amt als jeder andere Chef russischer Föderationssubjekte. Er kandidierte zuletzt im September 2021 für die Wiederwahl zum Oberhaupt der Republik, seine Amtszeit endet im Jahr 2026.

Es ist nicht das erste Mal, dass Kadyrow seinen Wunsch nach Rücktritt zum Ausdruck bringt. Im Jahr 2017 erklärte Ramsan Kadyrow:

"Das Oberhaupt einer Region zu sein und für das Volk, für die Republik vor dem Allmächtigen, vor der Staatsführung und vor dem Volk verantwortlich zu sein – das ist sehr schwierig."

Ende Juli verlieh der russische Präsident Wladimir Putin dem tschetschenischen Staatschef den Alexander-Newski-Orden "für seinen großen Beitrag zur sozioökonomischen Entwicklung der Republik und für die effektive Lösung von Problemen von großer nationaler Bedeutung". Kadyrow verkündete, er betrachte die Auszeichnung als Vorschuss und versprach, "selbstlos dem Wohl der Republik Tschetschenien und unserem großen Mutterland Russland zu dienen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631372d848fbef0dcd29f62a.jpg>

19:15 de.rt.com: **Große Anti-Regierungs-Kundgebung in Prag fordert Neutralität in Bezug auf Ukraine**

Zehntausende Menschen nahmen an einer regierungskritischen Kundgebung in der tschechischen Hauptstadt Prag teil. Nach Angaben der Polizei versammelten sich 70.000 Menschen auf dem Wenzelsplatz. Die Kundgebung steht unter dem Motto "Tschechische Republik zuerst" und wurde von politischen Parteien und Bürgern organisiert, die mit der gegenwärtigen Politik nicht einverstanden sind, berichtet die Zeitung České noviny. Nach Angaben von Novinky.cz fordern die Demonstranten, dass die Behörden eine neutrale Haltung zum Konflikt in der Ukraine einnehmen.

Nach Angaben von Premierminister Petr Fiala wurde der Protest von prorussischen Kräften initiiert, die sich gegen tschechische Interessen stellen, berichtete České noviny. In einem Tweet teilte die Polizei mit:

"Die Kundgebung auf dem Wenzelsplatz verläuft friedlich. Wir hatten bisher keine ernsthaften Probleme zu bewältigen. Wir schätzen die Zahl der Teilnehmer um 14:30 Uhr auf etwa 70.000."

Die Organisatoren der Demonstration erklärten Anfang der Woche, sie wollten, dass die derzeitige Regierung abtritt, die Auswirkungen der Energiekrise gemildert und die Folgeschäden behoben werden. Sie fordern die Befreiung der einheimischen Industrie von der Abhängigkeit von ausländischen Unternehmen sowie militärische Neutralität und direkte Verträge mit Gaslieferanten zu niedrigen Preisen, insbesondere mit Russland. Ihrer Ansicht nach muss die Tschechische Republik ihr Stromverteilungs- und -abrechnungssystem ändern, damit sie keine Zwischenhändler an der Börse bezahlen muss, berichtete die Zeitung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63138ccb480cc276c21cdb1.PNG>